



In Hessen verwirklicht. Bei uns unmöglich?

Wenn man das Ergebnis betrachtet, ist es eigentlich ganz einfach, einen „Polizeisitz“ zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen: Eine im Wangenbereich abgepolsterte Rückenlehne, verlängerte Gurtpolster, weiches Füllmaterial sowie verlegte Nähte und verstärktes, strapazierfähigeres Polstermaterial.

Genau so sind die Sitze gestaltet, die jetzt im hessischen Polizeifahrzeug des Typs Mercedes-Benz Vito verbaut sind. In Hessen wohlgemerkt.

Wir machen's einfach.(?)

So lautet das Motto unserer Landesregierung. In der Frage nach der Beschaffung eines „Polizeisitzes“ wäre Gelegenheit gewesen zu machen. Da haben es andere gemacht und das trotz frühzeitiger Information unseres Innenministeriums.

Aber von vorne: Bereits im Jahr 2013 war die GdP in enger Abstimmung mit der ZPT darum bemüht, einen Polizeisitz in unsere Einsatzfahrzeuge zu bekommen (DP berichtete). Sicher auch um die hohen Reparaturkosten zu senken, die durch die vielfachen FEM am Gürtel verursacht werden, aber vor allem, um den gesundheitlichen Problemen der Kolleginnen und Kollegen Linderung zu verschaffen. Auch damals lohnte sich der Blick über den Rhein nach Hessen, die bereits einen „Aktion-Gesunder-Rücken-Zertifizierten“ Sitz in ihren Streifenwagen angeboten bekamen. Die Marktforschung ergab damals, dass ein eigens für die Polizei

konzipierter Sitz wohl so teuer in der Entwicklung sei, dass ein Angebot durch die Auto- und Zuliefererindustrie nicht realisierbar bzw. nicht zu erwarten sei.

Der Versuch, über die Deutsche Hochschule der Polizei in Hiltrup eine bundeseinheitliche Leistungsbeschreibung für einen Polizeisitz zu definieren, scheiterte. So hätten die Polizeien der Länder und des Bundes den Druck auf die Fahrzeugindustrie gemeinsam erhöhen können.

Eigene Leistungsbeschreibung

Das Land Hessen hat sich von all dem nicht beeindrucken lassen. Nach einer umfangreichen, neutralen Forschungsstudie durch die Universität Stuttgart, konnte im Ergebnis eine eigene Leistungsbeschreibung für einen Polizeisitz in ihr Ausschreibungsverfahren aufgenommen werden. Dies war von Erfolg gekrönt und so konnte ein Mercedes-Benz Vito mit einem „Polizeisitz“ beschafft werden.

Diese Meldung war Auslöser eines erneuten Besuches im Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung in Wiesbaden. Eine Abordnung der Fachausschüsse Schutzpolizei und Technik traf sich im Juni mit den hessischen Kollegen Andreas Bäcker und Sascha Lahme.

Wir erhielten Gelegenheit den neuen Sitz zu begutachten, auszuprobieren und das Fahrzeug sogar Probe zu fahren. Im anschließenden Gespräch wurden uns die Inhalte der „Fachtagung zur Sicherheit in Funkstreifenwagen“ vom 25. Februar 2015 erläutert. Auf dieser Fachtagung wurde die Leistungsbeschreibung des Sitzes und die Bewertungsmatrix für das Ausschreibungsverfahren im Detail vorgestellt. Auch Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz nahmen an dieser Fachtagung teil.



Vorher, nachher: Durch die veränderte Gurtführung und die Abpolsterung (oben) entsteht gegenüber der Normalausführung (unten) Platz für die Waffe. Erfolgsgarant ist die verlängerte Gurtpolster, crashgetestet und von Mercedes freigegeben. Strapazierfähige Oberflächen und eine weichere Füllung als Widerlager des Einsatzgürtels runden die Praxistauglichkeit ab.

Fotos: GdP



Und Rheinland-Pfalz?

Im Anschluss an die Fachtagung wurden die Inhalte auch nach RP übermittelt, um sie bei Ausschreibungen verwenden zu können.

Warum hat unser Ministerium diese Informationen nicht an den HPRP weitergegeben?

Warum ist in der Leistungsbeschreibung zur Ausschreibung der neuen Funkstreifenwagen (der Audi A4 hat den Zuschlag erhalten) nur informativ von diesem Polizeisitz zu lesen?

Fragen, die die GdP an das Ministerium des Innern gestellt hat. Über Antworten werden wir berichten.

Es geht um die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen! Und sparen kann man auch noch; Man muss nur wollen.



RP-GdP bei den hessischen Polizeitechnikern (v. l.): Andreas Bäcker (PTLV Hessen), Uwe Lösch (PP WP), Christian Günter, Ingo Schütte, Martina Centmaier, Sybille Sutter, Sascha Lahme (PTLV Hessen), Robert Dörflinger Foto: GdP



Kfz-Meister mit Tarifprogramm zur Polizei

Unser Kollege Andreas Jung wurde ebenso wie unsere Kollegen der Geschwindigkeits- und Abstandsüberwachung im Rahmen des Tarifsonderprogramms 2014 für das PP Westpfalz beim Schwerverkehrskontrolltrupp (SVK) der zentralen Verkehrsdienste eingestellt.

Sein Aufgabengebiet ist die Kontrolle des Schwerverkehrs. Die Aufgaben, die früher Polizeibeamte durchführten, werden jetzt von ihm als gelernten Kfz-Meister im Schwerverkehr wahrgenommen.

David Giesler (Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe PD Kaiserslautern) und Jens Paulus (Mitglied beim GdP-Fachausschuss Tarif) durften Mitte Mai an der Großkontrolle des Schwerverkehrs auf der B 10 im Bereich Pirmasens teilnehmen.

Mit dabei waren auch Kolleginnen und Kollegen der Polizeidirektionen Kaiserslautern und Pirmasens sowie das

LKA, der Zollfahndung, die SGD Süd und der Sonderabfallmanagement Gesellschaft Rheinland-Pfalz.

Die Kontrolle erstreckte sich über mehrere Stunden. Hierbei stellte man neben Verstößen gegen die Lenk- und Ruhezeiten auch mangelnde Ladungssicherung und auch viele technische Mängel fest. In einigen Fällen wurde die Weiterfahrt untersagt. An einem Lkw wurde eine manipulierte „AdBlue“-Anlage festgestellt. Fahrzeuge mit AdBlue-Anlage haben bessere Abgaswerte und sind demnach steuerlich günstiger.



Andreas Jung bei der Arbeit

Foto: David Giesler

Man ergänzt sich

Der Job birgt auch ein gewisses Risiko, sagt Kollege Jung, da nicht jeder Fahrer seinen Verstoß einsieht und manche sich auch entsprechend ungehalten oder gar aggressiv verhalten. Ein gewisser Schutz wäre da manchmal wünschenswert. Das technische Fachwissen

des Kfz-Meisters und das polizeiliche Fachwissen der Beamten ergänzen sich hier hervorragend. GdP-Kollege PHK Markus Baumgärtner (Leiter SVK) ist begeistert. TB Andreas Jung macht die Arbeit Spaß, da es sich hier neben einem sehr guten Betriebsklima um eine äußerst wichtige Tätigkeit zum Wohle und zur Sicherheit im Straßenverkehr aller Bürgerinnen und Bürger handelt.

Tarifbeschäftigte bei der Polizei sind einfach nicht mehr wegzudenken. Die Ergänzung von Tarif- und Polizeibeamten macht die Arbeit deutlich effektiver und effizienter.

Jens Paulus



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:

Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuer
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

G 20, Kohl und Deutsche Einheit

Bei Drucklegung dieser Ausgabe dauerte der G20-Einsatz noch an und die Beerdigung Helmut Kohls war gerade über die Bühne. Der Tag der Deutschen Einheit in Mainz wirt – neben dem alltäglichen Einsatzwahn – seine Schatten voraus.

Helmut Knerr und Achim Recktenwald von der BePo GdP waren zusammen mit vielen JUNGEGRUPPE-Aktiven vor Ort in Hamburg. Bereits am Wochenende um den 1. Juli haben zwischen Achim Recktenwald und HW Gabler auf der rheinland-pfälzischen GdP-Seite und dem Einsatzreferat des MdI

und der Hamburger GdP andererseits die Leitungen gegläht, um von der unsäglichen Unterbringung in Bad Segeberg wegzukommen – erfolgreich.

Die JUNGE GRUPPE hat unter der Überschrift „Auch Mensch“ „die Politik“ aufgefordert, zu Gewaltfreiheit aufzurufen und sich klar von Gewalttätigen zu distanzieren.

Im Land wurde der Kohl-Einsatz wegen überlanger Einsatzzeiten und schlechter Verpflegung kritisch nachbereitet.

Das MdI verlaublich, dass RP zum Tag der Deutschen Einheit „für auswärtige Kräfte ein guter Gastgeber sein will“.



LEBENSARBEITSZEIT

Der eine kürzer, der andere länger ...

Kollege Wolfgang Stumm hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ein Jahr früher – mit Abschlügen – in den Ruhestand zu gehen.

Kollege Dietmar Haller hingegen hat verlängert. DP-Redakteurin Steffi Loth wollte von beiden mehr wissen.



Wolfgang Stumm

1973 in Wittlich-Wengerohr eingestellt, acht Jahre PA Ingelheim, Präzisionsschützenkommando, Schießausbilder, 1992 FOS/FH, Leiter SB 23, ab 1996 K 11 und K 1 in Mainz

DP: Lieber Wolfgang, die Personalräte haben zumeist Bauchweh bei der Zustimmung von Anträgen über die Verlängerung von Lebensarbeitszeit. Du hast dich dagegen entschieden, du bist ein Jahr früher in den Ruhestand gegangen. Warum?

Wolfgang Stumm: Das liegt wohl daran, dass ich schlicht genug gesehen und erlebt habe und einfach aufhören wollte. Bei meiner Tätigkeit im K 1 habe ich viele schlimme Dinge gesehen, die nicht immer einfach zu verarbeiten waren.

Natürlich viele Tote, darunter auch sehr junge Menschen. Zermürbend war auch die ständige Personalknappheit. Und immer wurde alles passend gemacht. Die Vorgänge konnten ja nicht warten. Auch innerhalb der KD galt es noch auszuhelfen, bei anstehenden Einsätzen etc.

DP: Wie kamst du denn zu deiner Verwendung bei K 1 – Todesermittlungen, Vermisste, Brände etc.?

Wolfgang Stumm: In einem Praktikum hatte ich mit einem Tötungsdelikt in der Mainzer Neustadt zu tun und habe dort einfach „Blut geleckt“.

Ich hatte ja schon ganz andere Sachen gemacht, aber die ganz intensive Befassung mit einem Fall hat mir zugesagt. Auch die Teamarbeit unter den Kollegen war gut.

DP: Kannst du nachvollziehen, wenn andere Kollegen verlängern?

Wolfgang Stumm: Nein, das kann ich ehrlich gesagt nicht verstehen. Man muss seine eigene Lebenserwartung realistisch betrachten. Wieviel Zeit verbleibt noch? Der Dienstherr macht keinen Unterschied, ob du 40, 43 oder 46 Jahre oder noch länger auf dem Buckel hast, bis das Ruhegehalt fällig wird, sondern orientiert sich am Lebensalter, das er mit einem Federstrich vor wenigen Jahren nach oben geschraubt hat. Gehst du dann ein Jahr früher, zieht er lebenslang einige Prozente des Ruhegehalts ein.

DP: Wie gefällt dir der Ruhestand nun?

Wolfgang Stumm: Sehr gut. Es gab kein „Loch“, in das ich hineingefallen bin und habe es auch nicht vor. Ich habe nun endlich genug Zeit für die Familie, Enkel und das Ehrenamt, Dinge, die sonst immer zu kurz kamen. Trotz finanzieller Einbuße war mir eines wichtig und das überwog:

Ich bekomme ein Jahr geschenkt!



Dietmar Haller

1976 eingestellt in Enkenbach-Alsenborn, PI Worms, Dienstzweigwechsel zur KI Worms, FH, anschließend ab 1993 PP Ludwigshafen, Leiter SB 12, seit 2003 stellv. Leiter PI Worms und Dialogbeauftragter

DP: Lieber Herr Haller, warum haben Sie ihre Arbeitszeit verlängert?

Dietmar Haller: Zum einen sind es finanzielle Gründe, zum anderen liegt es aber auch daran, dass ich in meiner jetzigen Tätigkeit als stellvertreten-

der Dienststellenleiter einige Dinge zu Ende führen möchte. Beispielsweise habe ich hier in Worms den Dialog der Polizei mit den ausländischen Bewohnern maßgeblich mitgestaltet. Da ist noch vieles im Fluss.

Natürlich bin ich ersetzbar, aber es geht auch ein wenig um Kontinuität. Die Leitung der PI Worms hat – seit ich hier bin – bereits fünfmal gewechselt.

DP: Sie wirken auch bei den Seminaren zur Interkulturellen Kompetenz mit, richtig?

Dietmar Haller: Ja, mit Herrn Dr. Schulz-Rauch und in Zusammenarbeit mit der Hochschule wurden die Seminare konzipiert. Das ist eine sehr spannende Tätigkeit. Und die Zusammenarbeit mit den Kulturvereinen zahlt sich meiner Meinung nach auch aus. Man ist im Kontakt und kann Dinge schneller klären. Bei der EM 2008 haben wir z. B. einen Flyer entwickelt, persönlich mit dem Moscheevorsitzenden Kontakt aufgenommen und vieles im Vorfeld erklären können, was hinterher dazu führte, dass wir eine ruhige Lage hatten.

Und wie wir jetzt sehen, bleibt das Thema aktuell. Stichworte: Flüchtlinge und Flüchtlingsammelunterkünfte.

DP: Herausragende Ereignisse, was fällt Ihnen spontan ein?

Dietmar Haller: Definitiv die Demonstration am 1. Mai 2005. Da habe ich den Abschnitt Raumschutz geführt und habe die brennenden Barrikaden in der Nähe des Bahnhofs gesehen, das wollte ich nicht noch einmal erleben.

DP: Was schätzen Sie am Polizeiberuf?

Dietmar Haller: Dass er so abwechslungsreich ist und so viele Möglichkeiten bietet.

DP: Freuen Sie sich auf Ihren Ruhestand?

Dietmar Haller: Eindeutig JA. Das ist eine schöne Perspektive für die Zeit nach meiner einjährigen Verlängerung.

So ganz werde ich mich aber auch dann noch nicht zurückziehen, beispielsweise werde ich weiterhin an der Volkshochschule aktiv sein. Ich glaube, so ein fließender Übergang ist für mich der richtige Weg.



BA-Modul 13 (11) mit neuen Chancen

Die Juli-Sitzung des Hauptpersonalrates zeigte keinerlei Anzeichen einer Sommerpause. Diese Themen wurden behandelt:

Berichte

„LARA“ und „LebEI“: Bis Ende 2017 sollen insgesamt 406 Einsatzfahrzeuge der Plen und der Kriminaldauerdienste mit dem von der AG LebEI (Lebensbedrohliche Einsatzlagen) vorgesehenen Equipment ausgestattet werden. Für den VW-Passat soll es eine Übergangslösung geben und für die Audi A4 ein Laderaumsystem inklusive sicherer Unterbringung der MP 5 mitsamt neuer Zieleinrichtung (LARA).

Einstellungskontingente Oktober 2017: Die für Oktober 2017 geplanten 255 Einstellungen sollen wie folgt kontingentiert werden:

- PP Koblenz: 80
- PP Mainz: 47
- PP Rheinpfalz: 44
- PP Westpfalz: 46
- PP Trier: 38

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Ausfälle an der HdP wird geplant, die Einstellungszahlen darüber hinaus anzuheben, damit das politisch gesteckte Ziel – 9160 VZÄ in 2021 – erreicht werden kann.

Onlinewache: Entsprechend der Zustimmung des HPRP von Juni ist der Auftrag zur Einrichtung des Projektes erteilt worden.

G20-Einsatz und Einsatz Kohl: Heinz Werner Gabler und Achim Recktenwald schildern die Bemühungen um eine Verbesserung der Unterbringungsbedingungen in Bad Segeberg. Es wurden Verbesserungen – z. B. die Unterbringung in einem Centerpark – erreicht. Die Bemühungen sind noch im Gange. Gabler berichtet, man habe mit dem Einsatzreferat des MdI an einem Strang gezogen. Beim Einsatz Kohl gab es Probleme mit überlangen Arbeitszeiten – hier wird nachbereitet.

Verschlüsselungssoftware: Der HPRP hatte das Problem des ver-



schlüsselten Mailverkehrs mit externen Stellen thematisiert. Das MdI teilt mit, dass eine Lösung im Zusammenhang mit den vorliegenden FAX-Lizenzen zu suchen sein wird. Die SB 21 haben einen entsprechenden Bearbeitungsauftrag erhalten.

Einigungsverfahren

Das PP Koblenz will einen Kollegen in Regress nehmen, weil er einen

Schaden an einem Alkoholvortestgerät verursacht hatte. Der Kollege hatte das Gerät beim Losfahren zu einem anderen Einsatz auf dem Dach des Fustw liegen lassen.

Der Gesamtpersonalrat Koblenz hatte die Regressnahme abgelehnt und die grobe Fahrlässigkeit im Sachverhalt nicht erkannt.

Das daraus folgende Einigungsverfahren wurde im HPRP behandelt. Nach eingehender Erörterung hat der HPRP die Regressnahme abgelehnt und verzichtet nicht auf die Einrichtung einer Einigungsstelle.

Evalierung Bezirksdienst

Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von PD Klaus Sommer soll den vor 30 Jahren eingerichteten polizeilichen Bezirksdienst evaluieren und

ZIELVEREINBARUNG – NEU

Eindeutig formuliert ...

Das Anschreiben des Inspektors der Polizei an die Behörden und Einrichtungen zur Implementierung der „abgespeckten“ Fassung des Zielvereinbarungsprozesses lässt aus Sicht der GdP kaum Wünsche offen. Hier ein Auszug:

„.../... Mit dem deutlich gestrafften Ablauf ist die Erwartung verbunden, den Zielvereinbarungsprozess in personeller und organisatorischer Hinsicht zu verschlanken.

Die Zielvereinbarung soll im Ergebnis bewirken, die vorhandenen Ressourcen gebündelt und auf die drängendsten Aufgaben zu fokussieren.

Der Schwerpunkt liegt künftig auf der Ebene der Inspektionen bzw. vergleichbarer Organisationsebenen. Bei der Zielfindung, die z. B. im Rahmen des regulären Besprechungswesens, in Zirkeln, Workshops oder Mitarbeitergesprächen

stattfindet, sollen die Führungsverantwortlichen örtliche Lagekenntnisse sowie die Fertigkeiten und Kompetenzen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbeziehen.

Die gemeinsam festgelegten Arbeitsschwerpunkte und Ziele werden bei den Dienst- und Einsatzplanungen der Dienststellen berücksichtigt.

Darüber hinaus soll hauptsächlich auch erreicht werden, dass sich jede einzelne Mitarbeiterin und jeder einzelne Mitarbeiter die Schwerpunktsetzungen und Ziele ihrer/seiner Dienststelle zu eigen macht und im dienstlichen Alltag umzusetzen versucht.

Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, dass das Thema Zielfindung insbesondere auch in den Mitarbeitergesprächen thematisiert werden soll.

Zahlenbezogenes Controlling sowie die Quantifizierbarkeit müssen nicht als Voraussetzung für die Zielfindung gelten. .../...“



KURZ BERICHTET AUS DEM HAUPTPERSONALRAT

Entwicklungsmöglichkeiten beschreiben. Der HPRP hat zugestimmt und entsendet einen Teilnehmer.

Funktionsbeschreibungen

Der HPRP hat zwei neuen Funktionsbeschreibungen im Bereich der Spezialeinheiten zugestimmt.

Erneuerung des Intranets der Polizei

Der HPRP hat dem o. g. Projektauftrag und der Projektskizze zugestimmt und entsendet ein Personalratsmitglied in das Projekt.

Zielvereinbarung – neu

Der Zielvereinbarungsprozess soll deutlich eingedampft werden und weitgehend auf die Ebene der Polizeiinspektionen beschränkt sein. Siehe Kasten Seite 4.

Strukturanpassung Modul 13 des BA-Studienganges

In Modul 13 – später 11 – sollen Wahlpflichtanteile erhöht und Praktikumsmöglichkeiten – über die heutigen Praktikumsstellen hinaus – eröffnet werden. Der HPRP hat zugestimmt. Die Haupt-Jugendvertretung verbindet mit der Regelung neue Chancen, sich in der Polizei zu orientieren und hat ebenfalls zugestimmt.

Verteilung der Bodycams

Die 150 beschafften Bodycams (zusätzlich zu den bereits vorhandenen) werden so verteilt, dass jede Dienststelle über mindestens ein Gerät verfügt. Die Bereitschaftspolizei wird erstmals berücksichtigt – 40 Kameras.

Ernst Scharbach – 06131-16-3365

Margarethe Relet – 3378

Heinz Werner Gabler – 3379

Bernd Becker – 3380

KURZ & KNACKIG

■ Mindestlohn: DGB fordert Ausweitung der Kontrollen

Vor dem Hintergrund der in der Vorderpfalz aufgedeckten massenhaften Mindestlohnverstöße fordert DGB-Landeschef Dietmar Muscheid die Ausweitung von Kontrollen.

Muscheid: „Es kann nicht sein, dass mangelnde Kontrollen dazu führen, dass sich Betriebe gesetzeswidrig auf Kosten der Beschäftigten bereichern.“

■ Mutterschutz: Neues Gesetz bringt Verbesserungen

Seit Ende Mai ist die Mutterschutzfrist bei der Geburt eines behinderten Kindes auf zwölf Wochen verlängert. Im Falle einer Fehlgeburt nach der 12. Schwangerschaftswoche gilt der Kündigungsschutz. Der Schutz von Müttern am Arbeitsplatz wurde verbessert (Anlage 1 der MuSchArbV).

Der Ministerrat hat die Übernahme für Beamtinnen beschlossen.

BEAMTENVERSORUNG & PENSIONSFFONDS

Vorsorge für künftige Lasten statt Auflösung!

Die GdP hat das Vorhaben der Landesregierung, den rheinland-pfälzischen Pensionsfonds zur Beamtenversorgung ersatzlos aufzulösen, scharf kritisiert und dafür ihrerseits scharfe Kritik aus „der Politik“ erfahren. DP-Redakteurin Steffi Loth hat mit unserem Fachmann Heinz Werner Gabler über Hintergründe gesprochen.



Heinz Werner Gabler, Steffi Loth

Foto: Bernd Becker

Pensionsfonds? Ist das die Rücklage, die durch Einbehalt von 0,2% von der Besoldung aufgebaut wurde? Das war doch zu Zeiten von Bundesinnenminister Kanther.

Nein, darum geht es nicht. Diese Rücklage existiert noch. Da sind aktuell 450 Mio. Euro in Form von Schuldverschreibungen des Landes drin und seit 2012 wird auch entnommen, um Teile der Pensionslasten zu tragen. 2017 wird noch zugeführt und ab 2018 nur noch, wenn es im Haushalt möglich ist.

Wo ist da der Pferdefuß?

Bisher wurden die Einlagen in einer Anstalt des öffentlichen Rechts verwaltet, überwacht durch einen Beirat, dem ich für den DGB angehöre. Das soll umgewandelt werden in ein Sondervermögen unter Aufsicht des Landesamtes für Finanzen. Also ohne Beirat und damit ohne Überwachung der Berufsvertretungen.

Und was soll jetzt aufgelöst werden?

RP hat 1996 für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte einen eigenen Finanzierungsfonds eingerichtet,

Nennwert in 2016: 5,5 Mrd. Euro, davon 1,1 Mrd. Zinsen; angelegt in Schuldverschreibungen des Landes.

Hört sich doch auch gut an, was hat die CDU denn dagegen. Warum die Klage?

Gegen die Rücklage als solche wird die CDU nichts haben. Aber 2006 hat FM Deubel die Rücklage bei Aufstellung des Landeshaushalts als Investition bewertet und damit den Verschuldungsspielraum künstlich erhöht. Das hat die CDU als verfassungswidrig beklagt und Recht bekommen.

Muss man deswegen gleich alles auflösen?

Nein, muss man eben nicht. Die Finanzministerin sagt zwar zu Recht, dass sich Pensionsansprüche immer an den Landeshaushalt richten. Aber der Haushaltsgesetzgeber soll aus unserer Sicht Vorsorge für künftige Lasten treffen. So wie es die meisten Kommunen für ihre Beamten auch machen, beispielsweise in der Pfälzischen Pensionsanstalt.



DGB I: BEZIRKSFRAUENKONFERENZ

Ein Netzwerk, das bewegt

Unter dem Motto „Ein Netzwerk, das bewegt“ trafen sich in Alzey die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bezirksfrauenkonferenz des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland.

Wegen der Teilnahme an einer Gegendemonstration zu einem parallel stattfindenden Aufmarsch rechter Aktivisten, wurde die Tagesordnung zeitlich angepasst. Grußworte hielten unter anderem der Bürgermeister Alzeys, Christoph Burkhard und Dr. Christina Stockfisch als Mitglied des DGB-Bundesvorstandes. Die Bezirksfrauensekretärin des DGB, Susanne Wagner, stellte den gelungenen und umfangreichen Geschäftsbericht des Bezirksfrauenausschusses in aller Kürze dar.

Fahrplan für vier Jahre

Die erfolgreich verabschiedeten Anträge werden dem Bezirksfrauenausschuss – zusammen mit der beschlossenen Charta der Gleichstellung – Fahrplan für die kommenden vier Jahre sein. Die rheinland-pfälzische Frauenministerin Anne



V. l.: Sybille Sutter, Ministerin Anne Spiegel, Ernst Scharbach, Vera Koch (Vorsitzende Landesfrauengruppe Saarland), Nuriye Soyudogan, Steffi Grün und Verena Horn **Foto:** Heike Ruhmann

Spiegel nahm sich umfassend Zeit für Fragen und Anregungen der Anwesenden. So wies die Vorsitzende der GdP-Landesfrauengruppe, Verena Horn, darauf hin, dass die geplanten positiven Änderungen im Mutterschutzgesetz auch auf Beamtinnen übertragen werden müssen. Die Kabarettistin „Megatrend Frau-

en“ sorgte zum Abschluss für viel Gelächter.

Alles in allem eine gelungene und sehr gut organisierte Konferenz, die allen Beteiligten aufzeigte, wie viel sich frauen- und familienpolitisch schon getan hat, wie viele Bretter aber auch noch gebohrt werden müssen.

DGB II: EHRENAMTLICHE EBENE

Pascal Rowald ist Kreisvorsitzender in Ahrweiler

Ende Juni wurde im Kreis Ahrweiler ein neuer Vorstand für den DGB-Kreisverband Ahrweiler gewählt.

Die entsandten Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften wählten unter der Leitung von DGB-Regionsgeschäftsführer Sebastian Hebeisen unser GdP-Mitglied **Pascal Rowald** einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Kreisverbandes.

Kollege Rowald nach der Wahl:

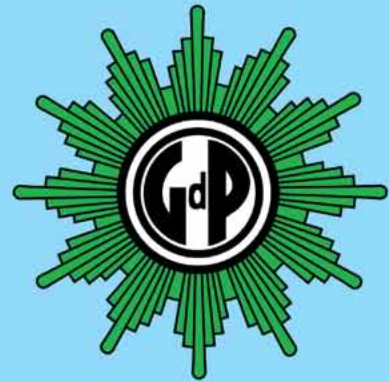
„Ich freue mich riesig über das entgegengebrachte Vertrauen und die kommenden Aufgaben. Neben der Vertretung der Beschäftigten ist es uns als neuer Vorstand ein besonderes Anliegen, politische Aufklärung zu betreiben.“

Neben der GdP sind ver.di, GEW, IG BAU, IG BCE und die NGG im neuen Vorstand vertreten.



Im Bild v. l. n. r.: Alfred Hansen (ver.di), Walter Schneider (IG BAU), Uwe Büsch (IG BCE), Elmar Ihlenfeld (NGG), Pascal Rowald, Edith Sauerbier (DGB Koblenz), Sebastian Hebeisen **Foto:** Rowald





PSW-Reisen DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen GbR

- Partner der Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland -
bietet allen GdP-Mitgliedern

5 %

und

3 %

für mitreisende Personen

Nachlass auf alle Reisen!*

Fragen Sie auch nach unseren Gruppenreisen
und sonstigen Vergünstigungen wie z. Bsp. Frühbucherrabatte.

Reiseschnäppchen und vieles
mehr: www.psw-reisen.de

* angenommen sind eigenveranstaltete
Gruppenreisen, Norflug, Führbuchung,
Eintrittskarten, Versicherungen, Porto,
Zuschläge und Gebühren!



Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN



Thomas
Cook
Reisebüro

Frau Alexandra Grün
Tel.: 06703 - 305 502
Fax: 0711 - 57 99 12

www.psw-reisen.de
agruen@psw-reisen.de



Mit der GdP gut vorbereitet

Wenn man in diesen Tagen Kolleginnen und Kollegen des 17. Bachelor fragt, was das Beste am laufenden Studienmodul war, geben viele die Antwort: „Die Klausurvorbereitung durch die GdP!“



JUNGE-GRUPPE-Kollege René Vroomen beim „Unterricht“

Foto: Jennifer Otto

Über 250 junge Kolleginnen und Kollegen haben Anfang Juni das Angebot der JUNGEN GRUPPE (GdP) angenommen, sich im „Klausurenkurs“ der GdP auf die anstehenden Klausuren vorzubereiten.

Seit dem 14. BA bietet die JUNGE GRUPPE (GdP) Rheinland-Pfalz Klausurenkurse an. In diesen wird der Gutachtenstil sowie die Methodik zum Lösen von Sachverhalten vorgestellt und trainiert.

35 GdP-Aktivistinnen und Unterstützung durch Dozenten

Mit über 35 Helferinnen und Helfern seitens der GdP konnte der Studiengang in mehrere Kleingruppen aufgeteilt werden, sodass eine angenehme Atmosphäre entstand.

Zusätzliche fachliche Unterstützung leisteten einige Dozentinnen und Dozenten der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz.

Unserer Einladung folgte, bis auf wenige Ausnahmen, der komplette Studiengang des BA17 mit über 250 Teilnehmern/-innen.

Intensive Arbeit und zufriedene Rückmeldungen

Es wurde sehr intensiv gearbeitet, diskutiert und trotzdem auch viel gelacht. Die Hörsäle wurden mit Getränken ausgestattet, in den Pausen

gab es Nervennahrung in Form von frisch aufgebackenen Brezeln.

Nach den Rückmelderunden bleibt festzustellen, dass die Studierenden den Hörsaal mit einem guten Gefühl verlassen haben. Die Angst vor der ersten richtigen Klausur konnte weitestgehend minimiert werden, sodass alle rundum zufrieden waren. Die rege Teilnahme und die positive Rückmeldung bestätigt uns, auf dem richtigen Weg zu sein und diesen Kurs auch in den kommenden Studiengängen anzubieten.

Jennifer Otto

WIR TRAUERN UM

Alfred Peter,
KG PD Worms,
54 Jahre

Heinz Koch,
KG NR/Altenkirchen,
90 Jahre

Klaus Adams,
KG Wasserschutzpolizei,
69 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

ALLES GUTE IM RUHESTAND

Rudolf Hemmerling,
Gerd Rausch (1. 4. 2017),
Siegfried Irsch (1. 5. 2017) und
Karl-Heinz Willger (1. 5. 2017),
KG PP Trier

Jürgen Heermann,
KG PD Pirmasens

Peter Müller,
KG PD Wittlich

Richard Hares,
KG PD Trier

Rainer Dungen,
KG Neuwied/Altenkirchen

Jürgen Niemczyk,
KG PP/PD Koblenz

Peter Steger,
KG Westerwald/Rhein-Lahn

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

70 Jahre

Erhard Beckenbach,
KG BePo Mainz

Edgar Andreas Schneider,
KG Vorderpfalz

Heinrich Schaumberger,
KG PD Neustadt

75 Jahre

Siegfried Freisberg,
KG Vorderpfalz

Nikolaus Velten,
KG PP/PD Mainz

Dieter Hipp und Gerd Müller,
KG Rhein-Nahe

Paul Studenski,
KG PD Worms

85 Jahre

Ursula Schumacher,
KG PD Wittlich

